

Der Eurodistrikt – Versuch einer deutsch-französischen Modellregion

Auch nach drei Jahren ist die Region Strassburg - Offenburg für ihre Bewohner ein blutleerer Begriff



Der Garten der zwei Ufer in Kehl, auf der deutschen Seite des Rheins. Am andern Ufer liegt Strassburg.

THOMAS WIRTH / AFP

Bürokratien und die Sprachbarrieren erschweren die gute Nachbarschaft zwischen Elsässern und Badnern. Auch die Gründung eines «Eurodistrikts» hat daran wenig geändert. Politiker wollen hier nun eine Modellregion mit weitreichender Selbstverantwortung einrichten.

slz. Ortenaukreis, im August

«Eurodistrikt? Was ist denn das? Nie gehört! Hat das etwas mit dem Europaparlament zu tun?» – so lauten die Kommentare der Einwohner von Offenburg oder Lahr im badischen Ortenaukreis in unmittelbarer Nähe von Strassburg. Nur ein Taxifahrer hat den Begriff zwar

neulich in der Lokalzeitung gelesen, aber mehr fällt ihm dazu nicht mehr ein. Dabei leben sämtliche rund 420 000 Ortenauer ebenso wie die rund 460 000 Strassburger jenseits des Rheins seit knapp drei Jahren im ersten am Rhein gegründeten Eurodistrikt. Erkundigt man sich hingegen nach nachbarschaftlichen Beziehungen, so merkt man schnell, dass es hier in der Grenzregion sehr viele

Kontakte wirtschaftlicher, kultureller oder auch ganz privater Art gibt: Man wohnt in Frankreich und arbeitet in Deutschland oder umgekehrt, man besucht die Theater oder Museen der Metropole Strassburg, oder man hat Verwandte auf der anderen Seite des Rheins.

Leicht unterschiedliche Perspektiven

Auch im Gespräch mit Politikern oder Verwaltungsangehörigen wird klar, dass man auch auf

dieser Ebene seit Jahrzehnten – und also schon lange vor dem Bestehen eines Eurodistrikts – eine Zusammenarbeit über die Landesgrenzen hinweg pflegt. Und man gibt zu, dass man selber von der Institution «Eurodistrikt» überrascht wurde. Denn deren Einrichtung wurde von dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem französischen Präsidenten Jacques Chirac zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages mit Nachdruck vorgeschlagen.

Nach der ersten Überraschung und sich anschließenden längeren Verhandlungen über die konkrete Ausgestaltung hatten sich dann im Oktober 2005 die Stadtgemeinschaft Strassburg (CUS) auf der einen sowie die Kommunen des Ortenaukreises auf der anderen Rheinseite auf ein Kooperationsabkommen geeinigt und einen Distriktrat installiert. In diesem Gremium treffen sich seither die Bürgermeister der Kommunen beider Seiten regelmässig. Die Gründung eines Zweckverbandes mit weitreichenderen Kompetenzen und vor allem einem eigenen festen Budget scheiterte damals allerdings an der Frage, ob

der juristische Sitz sowie die Geschäftsstelle des neuen Verbandes auf französischer oder deutscher Seite angesiedelt sein sollten.

Und in den ersten Jahren nach der Eurodistriktgründung wurde der Begriff offenbar nicht mit für die Bürger sichtbaren Projekten, die deutlich über die ohnehin schon vorhandene nachbarschaftliche Zusammenarbeit hinausgingen, gefüllt. Dies wird in der Region auch dem vorherigen Präsidenten der CUS angelastet, der vor allem das Fortkommen Strassburgs in Frankreich, aber weniger die Vorteile einer engen deutsch-französischen Nachbarschaft im Auge hatte.

Doch nun scheint mit dem seit wenigen Monaten amtierenden Strassburger Oberbürgermeister Roland Ries ein frischer, für manche französische Ohren vielleicht sogar pfeifender Wind aufgekommen zu sein. Ries hatte nämlich kurz nach seiner Wahl im französischen Senat gefordert, man müsse einen Eurodistrikt nicht nur als verbesserte grenzüberschreitende Kooperation verstehen, sondern man solle daraus eine Modellregion mit eigenen Steuersätzen und weitreichender Eigenverantwortung und Selbstverwaltung machen. Ihm schwebt nach eigenen Angaben eine Art «europäisches Washington DC» vor. Prompt erntete er damit auf der eigenen Seite Kritik, denn man sah die nationale Integrität in Gefahr. Im Ortenaukreis nahm man diese Idee zwar mehrheitlich wohlwollend zur Kenntnis. Aber man sei doch sehr überrascht gewesen, erläuterte der Lahrer Oberbürgermeister Wolfgang G. Müller, derzeit Sprecher des Eurodistrikts auf deutscher Seite, im Gespräch. Denn der visionäre Vorschlag sei so nicht mit den deutschen Kollegen abgesprochen gewesen.

Zentrale Anlaufstelle bei Problemen

Auch wenn man auf deutscher Seite die Schaffung eines quasi exterritorialen Eurodistrikts für wenig realistisch hält, glaubt man an deutlich mehr Kooperationsbereitschaft und auch Verständnis für die Belange der im Vergleich zum französischen Partner kleinen deutschen Städte seitens der gegenwärtigen Strassburger Administration. Denn trotz jahrzehntelanger Zusammenarbeit könne das alltägliche Miteinander durchaus an vielen Stellen noch vereinfacht werden. Und laut Müller ist der grosse Vorteil des Eurodistrikts, dass es mit dem Distrikt und den ihm

untergeordneten Einrichtungen erstmals eine Anlaufstelle sowie eine von beiden Seiten besetzte politische Ebene für Klagen oder Verbesserungswünsche von Verwaltung wie Bürgern beidseits des Rheins gibt.

Dies vereinfache manche Verhandlung zwischen Vertragspartnern beidseits des Rheins, wie Martin Roll, der Geschäftsführer des Ortenauer Abfallwirtschaftsbetriebs, berichtete. Zwar habe man nach wie vor bei der Neuformulierung des Vertrags über Kooperation im Abfallwesen französisches wie deutsches Recht beachten müssen, aber bürokratische Probleme könnten nun zentral angesprochen und dadurch oftmals schneller behoben werden.

Auch hat man ein schon lange bestehendes Anliegen der deutschen Rettungskräfte kürzlich im Rat aufgearbeitet. Künftig dürfen nun auch deutsche Rettungswagen mit Martinshorn und Blaulicht auf französischen Strassen fahren – und nicht nur umgekehrt wie bis anhin. Allerdings kämen solche Einsätze über die Grenze sehr selten vor, erzählte Bernhard Leitz-Schwörer, der Leiter der Einsatzzentrale der Rettungskräfte in Lahr. Denn jede Seite habe gute Spitäler, und erfahrungsgemäss bevorzugten die Patienten Einrichtungen des eigenen Sprachraums deutlich. Zudem forderten die Franzosen bei Grosseinsätzen lieber Rettungskräfte aus den französischen Nachbarregionen des Elsass als aus dem Ortenaukreis an. Aber dessen ungeachtet habe man schon bei binationalen Anlässen wie Sportfesten auch eine binationale Rettungsequipe im Einsatz gehabt, betonte Leitz-Schwörer. Man werde auch noch weitere Aspekte im Gesundheitsbereich im Eurodistrikt demnächst verbessern, versicherte Müller. So will man eine Gesundheitskarte entwickeln, die für Spitäler wie Arztpraxen auf beiden Rheinseiten lesbar und gültig ist, so dass es künftig einfacher werde, ärztliche Leistungen in einem Spital oder einer Arztpraxis des Eurodistrikts in Anspruch zu nehmen.

Die Sprachbarriere wird höher

Eine grosse Barriere in der nachbarschaftlichen Zusammenarbeit ist für Leitz-Schwörer ebenso wie auch für Bernd Hatesuer vom Bürgerforum Eurodistrikt oder auch für viele Verwaltungsmitarbeiter nach wie vor die fremde Sprache. Nach so

vielen Jahren Zusammenarbeit erstaunt vor allem, dass laut allen Gesprächspartnern dieses Problem keineswegs abnimmt, sondern vielmehr wächst. Denn in beiden Ländern ist vor allem bei den jüngeren Erwachsenen sowie den Schulkindern je länger, je mehr Englisch die Fremdsprache der ersten Wahl.

Als vor gut einem Jahr Baden-Württemberg Französisch als verpflichtende erste Fremdsprache in den Gymnasien der Grenzregion einführen wollte, wehrten sich Eltern derart massiv dagegen, dass dieser Entscheid per Gerichtsurteil nun wieder aufgehoben wurde. Während eine Sprachbarriere laut Leitz-Schwörer im Rettungswesen katastrophale Folgen haben kann und hier deshalb mehr als nur ein Hindernis ist, stört dies natürlich auch bei sämtlichen Verwaltungsabläufen. So sei es nach wie vor ein Wunschtraum, dass Bürger auf einem Amt in ihrer eigenen Sprache bedient werden könnten oder gar überall zweisprachige Formulare zur Verfügung stünden, bedauert Müller.

Für Hatesuer und viele engagierte Mitbürger ist deshalb eine echt zweisprachige Bildungseinrichtung, die im Kindergartenalter beginnt und in der beide Sprachen sowie die Lehrpläne beider Länder von Anbeginn an gleichberechtigt zur Anwendung kommen, eine absolute Notwendigkeit, wenn der Eurodistrikt

tatsächlich eine europäische Modellregion sein soll. Zudem müsse der Austausch von Kindergartenkindern wie auch Schülern über die Grenze noch um ein Vielfaches gesteigert werden, fordert Hatesuer. Momentan gebe es hier nicht sehr viel mehr Aktivitäten als zwischen «normalen» Partnerregionen irgendwo in Deutschland und Frankreich. Laut Müller fehlt zum einen dafür oft das Geld, da der Eurodistrikt kein eigenes Budget besitzt, sondern auf freiwillige und damit unregelmässige Zahlungen der beteiligten Kommunen angewiesen ist. Zum anderen brauche eine französische Schülergruppe für jeden Ausflug ins Nachbarland eine behördliche Genehmigung. Zumindest das will man via Distriktrat so bald als möglich erleichtern.

Bald gemeinsame Volksabstimmung?

Die Liste der kleinen, aber für die Bürger lästigen bürokratischen Hindernisse liesse sich beliebig fortführen. Den politisch Verantwortlichen im Eurodistrikt wird also die Arbeit vorerst nicht ausgehen. Und man sei sich im Distriktrat mit dem Bürgerforum einig, dass man auch bald konkrete Projekte den Bürgerinnen und Bürgern präsentieren müsse, damit diese sich unter dem Begriff überhaupt etwas vorstellen könnten, erklären Müller wie Ries. Dies ist umso dringlicher, als Ries die Bewohner von Strassburg und dem Ortenaukreis in naher Zukunft über seine Idee eines deutlich weiter entwickelten Eurodistrikts abstimmen lassen will. Müller und seine deutschen Kollegen lehnen diese Idee zwar nicht rundweg ab, aber es müsse noch sehr viel Überzeugungsarbeit geleistet werden, ist er sich mit Hatesuer einig. Allerdings sehen beide in der für eine solche Abstimmung nötigen vorherigen Kampagne auch die Chance, den Betroffenen die immer noch etwas sperrige Idee Eurodistrikt näherzubringen.